

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

1. Kreisfreie Städte
 2. hauptamtlich geführte Städte und Gemeinden
 3. Verbandsgemeinden
- im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.komsanet.de

Bank: Stadtparkasse Magdeburg
Konto-Nr. 3600 2900 BLZ: 810 532 72

Auskunft erteilt: Herr Baier
Durchwahl: 0391 5924-340

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum

4-02-01-03 be-we

12.12.2012

Rückforderung von Fördermitteln wegen nichtproduktneutraler Ausschreibung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im September 2012 wurde die Landesgeschäftsstelle von mehreren Städten und Gemeinden darüber informiert, dass ihnen in Anhörungsschreiben des Landesverwaltungsamtes die Rückforderung von Fördermitteln wegen nichtproduktneutraler Ausschreibung angedroht wurde.

Wir haben daraufhin am 18.10.2012 - unterstützt durch mehrere Bürgermeister, Dezernenten und Bauamtsleiter - mit den zuständigen Bearbeitern des Landesverwaltungsamtes die Angelegenheit erörtert.

Dieses Gespräch verlief ergebnislos, da das Landesverwaltungsamt an seiner Rechtsauslegung festhielt und nicht bereit war, sich mit den Argumenten der Städte und Gemeinden auseinanderzusetzen.

Die Stadt Haldensleben und die Gemeinde Hohe Börde kündigten daraufhin an, ihre gegen die Rückforderungsbescheide geführten Klageverfahren weiter zu betreiben.

Am 29.11.2012 befasste sich auf Antrag der Fraktion DIE LINKE der Innenausschuss des Landtages in der Drs. 6/INN/64 mit der „Rückforderungspraxis des Landes bei Problemen mit der produktneutralen Ausschreibung“. Herr Staatssekretär Prof. Dr. Gundlach informierte die Ausschussmitglieder, dass von Rückforderungen des Landesverwaltungsamtes wegen nichtproduktneutraler Ausschreibung bisher 5 Landkreise und zahlreiche Städte und Gemeinden betroffen seien. Das bisher geltend gemachte Rückforderungsvolumen betrage knapp 1 Mio. Euro. Anhörungen zur Rückforderung gegen zahlreiche weitere Kommunen würden derzeit vom Landesverwaltungsamt durchgeführt bzw. seien geplant.

Nach der Anhörung der kommunalen Spitzenverbände sprachen sich Abgeordnete verschiedener Fraktionen dafür aus, eine auch für die Kommunen tragfähige und akzeptable Lösung zu finden.

Herr Staatssekretär Prof. Dr. Gundlach kündigte daraufhin an, dass die Landesregierung alle Möglichkeiten prüfen werde, um im Einzelfall die aufgetretenen Probleme zu lösen. Auf Bitte der Ausschussmitglieder wird die Landesregierung spätestens im Mai 2013 im Ausschuss darüber berichten, wie und mit welchem Ergebnis die Rückforderungsverfahren durchgeführt wurden.

Über aktuelle Entwicklungen in dieser Angelegenheit werden wir Sie zeitnah informieren.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Uwe Baier'. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Uwe' and the last name 'Baier' clearly distinguishable.

Uwe Baier